

Bringt CSU Infoblatt zu Fall?

STREIT In Pentling gibt es gleich zwei Mitteilungsblätter. Die Christsozialen werfen der Bürgermeisterin Geldverschwendung vor.

VON WALTER SCHIESSL

PENTLING. Die Möglichkeiten, an Informationen zu gelangen, haben sich in den letzten Jahren massiv geändert. Neben den Presseorganen gibt es längst zahlreiche Internet-Angebote, die es den Interessenten leicht machen, sich – meist sogar kostenlos – Infos über Veranstaltungen oder Regelungen auf den PC, das Tablet oder das Handy zu holen. Doch einigen Landkreis-Bürgermeistern reicht das nicht. Sie geben immer noch eigene gemeindliche Mitteilungsblätter heraus, die kostenlos an die Haushalte verteilt werden und in Geschäften, an Tankstellen oder beim Getränkeabholmarkt bereitliegen.

In der 6200 Einwohner zählenden Stadtrandgemeinde Pentling gibt es sogar zwei solcher Mitteilungsblätter, eines seit 30 Jahren herausgegeben von einem Mattinger Unternehmer, das andere wird seit April 2017 im Rathaus zusammengestellt. Die Gemeinde soll dafür im Jahr weit über 10 000 Euro ausgeben.

Im April 2017 war es zum Streit und dann zum Zerwürfnis zwischen dem Mattinger Medien-Unternehmer Martin Reidl und Bürgermeisterin Barbara Wilhelm (Freie Wähler) gekommen. „Bis zu ihrem Amtsantritt 2014 hatte alles bestens geklappt“, sagt Martin Reidl, dessen kleines Unternehmen das Mitteilungsblatt unter dem Titel „Pentling aktuell“ im Auftrag der Gemeinde schon seit 30 Jahren herausgegeben hat. Die Gemeinde hatte bis dahin die amtlichen Mitteilungen veröffentlicht, für die Anzeigen und die redaktionelle Berichterstattung war das Unternehmen zuständig. Dieses hatte auch die Zustellung an alle Haushalte organisiert. Die Gemeinde kostete das Mitteilungsblatt somit nichts.

„Eine reine Selbstdarstellung“

Doch seit dem Amtsantritt von Barbara Wilhelm änderte sich das. Die Bürgermeisterin wollte immer mehr Einfluss auf die Berichterstattung nehmen, sagt Martin Reidl. „Es wurden vom Rathaus immer mehr Forderungen gestellt“, erklärt Reidl, der dem Pentlinger Apparat das Ziel unterstellt, man habe ihn mürbe machen und zum Aufgeben des Blatts mehr oder weniger zwingen wollen. Doch Reidl gab nicht klein bei, schließlich, so sagt er, ließ ihm Barbara Wilhelm fristlos per Brief kündigen. Reidl produzierte das Mitteilungsblatt nun weiter, aber vollständig in Eigenregie. Die Pentlinger haben nun eine Doppel-Version. Pikanterweise steuert große Teile des Text- und Bildmaterials für beide Produkte ein und derselbe Freizeit-Journalist bei.

Die Gemeinde Pentling zeichnet seit zwei Jahren für die Herausgabe eines weiten Mitteilungsblatts verantwortlich. Dort können sich die Pentlinger über den Ausgang der Königsschießen der Schützenvereine, über zurückliegende Versammlungen, über Spendenübergaben, über sportliche Geschehnisse wie auch über Spielfeste informieren. Es versteht sich von selbst, dass auch über die Taten der Bürgermeisterin gebührend berichtet wird.

Jürgen Steinhofer und die CSU wollen, dass es höchstens noch ein Amtsblatt in Pentling gibt.



Zwei Mitteilungsblätter gibt es in Pentling, eines von der Gemeinde (oben) und eines aus dem Verlag von Martin Reidl. FOTO: WS, LJE

Viele der Gegner von Barbara Wilhelm stufen Teile des Inhalts als Selbstdarstellung der Rathauspitze auf Steuerzahlerkosten ein. „Die meisten von uns schütteln nur die Köpfe über das Pentlinger Mitteilungsblatt“, sagen Pentlinger, Mattinger und Großberger Bürger, die Barbara Wilhelm vorwerfen, das Mitteilungsblatt von einer Rathaus-Bediensteten in deren Arbeitszeit koordinieren zu lassen. Die

Gemeinde, so ist dem Impressum zu entnehmen, ist für den redaktionellen Teil verantwortlich, für den Anzeigenteil ist – nachdem das Landratsamt einen Rüffel ausgesprochen hatte – jetzt das DTP-Studio Denzl zuständig. „Wir machen das richtig“, sagt die Bürgermeisterin.

Nur Sachinformationen erlaubt

Doch in der CSU in der Stadtrandgemeinde stieß das „Bürgermeisterjubiläum“ (Vorsitzender Jürgen Steinhofer) sauer auf. Er stellt jetzt an den Gemeinderat den Antrag, doch statt des „Verherrlichungsblattes“, für den es nach CSU-Auffassung keinen Gemeinderatsbeschluss gibt, entweder zum Reidl-Produkt zurückzukehren oder auf alle Fälle nur ein gemeindliches amtliches Mitteilungsblatt herauszugeben – ohne einen eigenen Redaktionsteil. „Dann würde die Herausgabe auch keine 10 000 Euro plus die Arbeitskosten mehr verschlingen“, sagt Jürgen Stein-

DER KONFLIKT



Bedauern: Pentlings Bürgermeisterin Barbara Wilhelm (FW) sagte unlängst, es sei nicht erfreulich, dass in der Stadtrandgemeinde gleich mit zwei Mitteilungsblättern aufgewartet werde. Aber nach einem Konflikt mit dem Unternehmen, das das Pentlinger Blatt seit 30 Jahren im Auftrag der Gemeinde herausgegeben habe, habe sie sich entschlossen, ein eigenes Mitteilungsblatt einmal im Monat herauszugeben. Das sei natürlich nicht gut, merkte sie an.



Gegenpart: Martin Reidls Vater hat vor 30 Jahren das Unternehmen mit Sitz in Matting aufgebaut. „Probleme mit der Gemeinde gab es nie“, sagt der Junior. Erst mit dem Einmischen von Barbara Wilhelm kam es nach einiger Zeit zum Konflikt, der schließlich mit der Kündigung seitens der Gemeinde eskalierte. „Wir geben das Mitteilungsblatt aber nach wie vor heraus“, sagt der Unternehmer, der auch die Mitteilungsblätter für Kelheim, Riedenburg und Langquaid produziert.

„Die Gemeinde braucht kein Bürgermeisterjubiläum.“

JÜRGEN STEINHOFER
Pentlings CSU-Vorsitzender

hofer zur Begründung seines Antrags, den er gestern eingereicht hat.

In einem Urteil des Bundesgerichtshofs, das den Bürgermeistern bei einer Zusammenkunft im Landkreis unlängst vorgelegt wurde, heißt es, für eine konkrete Beurteilung kommunaler Publikationen seien deren Art und Inhalt sowie eine wertende Gesamtbetrachtung maßgeblich. Danach müssen staatliche Publikationen eindeutig – auch hinsichtlich Illustration und Layout – als solche erkennbar sein und sich auf Sachinformationen beschränken.

Inhaltlich auf jeden Fall zulässig seien die Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen sowie die Unterrichtung über Vorhaben der Kommunalverwaltung und des Gemeinderats. Unzulässig sei eine pressemäßige Berichterstattung über das gesellschaftliche Leben in der Gemeinde; dieser Bereich sei originäre Aufgabe der lokalen Presse und nicht des Staates.